

Stand: 06.02.2026 08:15:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2660

"Mehr Bock auf Demokratie - Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2660 vom 02.07.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 24 vom 03.07.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3253 des BI vom 11.07.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 26.09.2024
5. Beschluss des Plenums 19/3641 vom 16.10.2024
6. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 16.10.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mehr Bock auf Demokratie – Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Politische Bildung und das Interesse für Demokratie der Schülerinnen und Schüler an den Schulen systematisch zu stärken.

Dafür sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Demokratie für Schülerinnen und Schüler an den Schulen erfahrbar machen, indem das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) um verbindlich vorgeschriebene Beteiligungsformate wie den Klassenrat und Schülerinnen- und Schülerparlamente erweitert wird und den Schülerinnen und Schülern außerdem ein Mitbestimmungsrecht in Belangen der Schule gesetzlich eingeräumt wird.
2. An allen Schularten ab Jahrgangsstufe 5 einen zweistündigen Politik-und-Gesellschafts-Unterricht verankern, damit es kein Jahr mehr ohne Politische Bildung gibt.
3. Das im Koalitionsvertrag angekündigte Ziel, dass jede Schülerin und jeder Schüler mindestens einmal eine KZ-Gedenkstätte besuchen soll, zum Schuljahr 2024/2025 angehen. Das Ziel dabei soll sein, dass Schülerinnen und Schüler dabei ein durch die Staatsregierung subventioniertes und daher für sie kostenloses pädagogisches Rundgangsangebot wahrnehmen können. Zudem müssen die Lehrkräfte, z. B. durch spezielle Fortbildungsangebote dabei unterstützt werden, diese Besuche entsprechend vor- und nachzubereiten.
4. Die Fächerkombinationen für das Unterrichtsfach „Politik und Gesellschaft“ für das Lehramt an Realschulen und Gymnasien erweitern sowie eine „Initiative Politische Bildung“ anstrengen, um mehr Studierende für Politische Bildung zu begeistern und zu fördern, um schließlich den Anteil an Lehramtsstudierenden im Bereich der Politischen Bildung zu erhöhen. Zudem wird ein verbindliches Modul „Politische Bildung“ für alle Lehramtsstudierenden eingeführt. Nur so können mehr Politik-und-Gesellschaft-Stunden umgesetzt werden, die Professionalität sowie Qualität und schließlich insgesamt die politische Bildung an den Schulen nachhaltig gestärkt werden. Dafür braucht es zudem eine entsprechende Ressourcenausstattung der Universitäten.

Begründung:

Die Notwendigkeit, demokratische Kompetenzen und das Wissen über politische Prozesse in den Schulen zu stärken, wird durch aktuelle Studien belegt. So zeigt die Sinus-Jugendstudie 2024, dass das politische Interesse der befragten Jugendlichen begrenzt

ist. Obwohl sie eine Sensibilität für soziale Ungleichheit aufweisen, haben sie kein gesteigertes Interesse an diesem Thema oder an Politik im Allgemeinen. Im Vergleich zur letzten Erhebung 2020 ist keine erhöhte Politisierung der Jugendlichen festzustellen. Hauptgründe für die politische Abstinenz sind das Gefühl der Einflusslosigkeit und geringes politisches Wissen. Die Schule wird von den Befragten selten als Lernort für Demokratie wahrgenommen. Es wird kritisiert, dass zu wenig politische Bildung erfahren und wenig Gestaltungsmöglichkeiten geboten werden. Die Jugendlichen wünschen sich mehr Mitsprache bei schulischen Belangen und Partizipation bei der Gestaltung des Unterrichts. Und die neueste Studie der Vodafone Stiftung zeigt beispielsweise, dass sich nur noch 5 Prozent der Jugendlichen politisch engagieren und 63 Prozent politisches Engagement für sich ausschließen. Diese alarmierenden Zahlen verdeutlichen, dass dringend Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die politische Teilhabe und das Engagement der jungen Generation zu fördern.

zu 1.: In einer Demokratie sind die Fähigkeiten, Meinungen auszutauschen, andere Meinungen auszuhalten, Kompromisse zu finden und Diskussionen zu führen, von grundlegender Bedeutung. Demokratie bedeutet, dass unterschiedliche Standpunkte nebeneinander bestehen dürfen und müssen, um eine pluralistische Gesellschaft zu gewährleisten. Diese Kompetenzen erlernen Schülerinnen und Schüler jedoch nicht allein durch theoretischen Unterricht, sondern vielmehr durch praktisches Handeln und Mitbestimmen. Ein bedeutender Ansatz, um diese demokratischen Fähigkeiten in den Schulen zu fördern, ist die aktive Partizipation von Schülerinnen und Schülern im Schulalltag. Formate wie der Klassenrat oder Schülerinnen- und Schülerparlamente bieten wertvolle Gelegenheiten, demokratische Prozesse hautnah zu erleben und zu gestalten. Denn beispielsweise im Klassenrat oder in Schulparlamenten haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, ihre Meinungen zu äußern, Anliegen zu diskutieren und gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Dies lehrt sie nicht nur, wie man seine Meinung konstruktiv vertritt, sondern zeigt ihnen auch, dass ihr Engagement konkrete Auswirkungen haben kann. Dadurch wird die Motivation gestärkt, sich aktiv für Themen einzusetzen, die ihnen wichtig sind. Diese Erfahrungen sind entscheidend für die Entwicklung politischen Engagements und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Daher sollen Formate, die die Mitwirkung und Kompromissfindung von Schülerinnen und Schülern stärken, verpflichtend ins Schulgesetz aufgenommen werden, um die demokratische Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern.

zu 2.: Die Universität Bielefeld führt regelmäßig ein „Ranking Politische Bildung“ durch. Dabei wird die Stellung der Politischen Bildung in den Studententafeln der Bundesländer für die Sekundarstufen I und II sowie für die Berufsschule analysiert und verglichen. Im letzten, dem fünften Ranking aus dem Jahr 2022 sticht Bayern im Vergleich der Bundesländer erneut deutlich negativ hervor und schneidet wieder besonders schlecht ab. In diesem Durchlauf zeigt sich abermals, dass Bayern systematisch die Politische Bildung in der Studententafel vernachlässigt. In keinem anderen Bundesland ist beispielsweise der Anteil an Politischer Bildung am Gymnasium in der Sekundarstufe I so gering. Bayern unterschreitet nicht nur den Median um das Vierfache, sondern bietet im Vergleich zu Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Schleswig-Holstein den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten weniger als ein Achtel der Unterrichtszeit für Politische Bildung an. Bayern muss das ändern und bereits ab der 5. Klasse das Fach „Politik und Gesellschaft“ in allen Schularten zweistündig einführen, damit es kein Schuljahr ohne Politische Bildung gibt. Durch frühzeitige und kontinuierliche Auseinandersetzung mit politischen Themen können Schülerinnen und Schüler ein Verständnis für demokratische Prozesse, politische Entscheidungen und gesellschaftliche Zusammenhänge entwickeln. Dies trägt dazu bei, dass junge Menschen zu mündigen und informierten Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen, die aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft teilnehmen können. Frühzeitige Politische Bildung fördert zudem die Entwicklung von politischer Urteilsfähigkeit, kritischem Denken, Wertekompetenz und demokratischer Partizipation, was essenziell für eine funktionierende Demokratie ist.

zu 3.: KZ-Gedenkstätten sind wichtige außerschulische Lernorte. Denn sie können Schülerinnen und Schülern zum einen durch ihre Funktion als „authentischer“ und „historischer Ort“ die Bedeutung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit vermitteln, indem sie die Besucherinnen und Besucher über die von den Nationalsozialisten nach

der sogenannten Reichstagsbrandverordnung verändert wieder eingeführten sogenannten Schutzaft, das Abschaffen der Grundrechte und die damit verbundene Möglichkeit des Baus staatlich geführter Konzentrationslager sowie der massenhaften Tötung von politisch Andersdenkenden und Menschen, die nicht in das Bild der Nationalsozialisten passten, informieren. Zugleich sind diese ehemaligen Täterorte auch Gedenkorte für die Ermordeten sowie Erinnerungsorte des öffentlichen Erinnerns an die Opfer der NS-Herrschaft, dem sich der Appell und die Aufforderung des „Nie wieder“ seit ihrer Errichtung durch die ehemaligen Häftlinge anschließt. KZ-Gedenkstätten bieten in der Auseinandersetzung mit der Brutalität und dem Schrecken der NS-Herrschaft für die nachfolgenden Generationen einen emotionalen Orientierungspunkt. Darum ist es wichtig, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal eine KZ-Gedenkstätte während der Schullaufbahn besucht. Dieses Ziel hat sich auch die Staatsregierung in ihrem Koalitionsvertrag gesetzt. Die Realität sieht aber anders aus. So besuchten in den letzten drei Jahren beispielsweise nur knapp 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler einer Förderschule eine KZ-Gedenkstätte. Von den Schülerinnen und Schülern an Mittelschulen waren es ebenso nur gute 30 Prozent. Hier muss die Staatsregierung endlich tätig werden. Ein wichtiger Punkt dabei ist zudem die Übernahme der Kosten für einen geführten Rundgang. Denn dieser kostet auf der Gedenkstätte Dachau 100 Euro für 30 Schülerinnen und Schüler. Das können sich nicht alle leisten. Darum muss der Freistaat Bayern die Kosten für pädagogische Rundgänge übernehmen. Es darf nicht sein, dass Jugendliche nicht an der Gedenkstättenfahrt teilnehmen, weil sie es sich nicht leisten können. Es gibt bisher keine Fortbildungen an der Akademie für Lehrkräftefortbildung in Dillingen, die Lehrkräfte auf die Vor- und Nachbereitung von KZ-Gedenkstättenbesuchen vorbereitet. Derweil ist es wichtig, Lehrkräfte in diesem Bereich zu unterstützen.

zu 4.: Dass sich junge Menschen immer weniger für Politik interessieren, zeigen auch die rückläufigen Studienzahlen bei den Lehramtsstudierenden. Um Politische Bildung zu stärken, braucht es mehr Lehramtsstudierende mit dem Fach Politik und Gesellschaft (PuG). Derzeit kann man das Unterrichtsfach PuG für Lehramt Gymnasium nur in Kombination mit Deutsch oder Englisch studieren. Das Unterrichtsfach PuG für Lehramt Realschule ist nur in Kombination mit dem Fach Wirtschaft möglich. Hier müssen dringend die Fächerkombinationen, mit denen PUG studiert werden kann, ausgebaut werden. Zudem sind durch das Gesamtkonzept Politische Bildung an bayerischen Schulen alle Lehrkräfte aufgefordert, Politische Bildung in ihren Fächern zu behandeln, werden aber darauf im Studium bisher nicht vorbereitet. Es braucht darum ein verbindliches Modul „Politische Bildung“ für alle Lehramtsstudierenden. Damit die Studienkapazitäten ausgebaut werden können, braucht es natürlich auch entsprechend mehr Kapazitäten an den Universitäten.

Auf Seite 133 steht – vielleicht mit weniger Verve – exakt das, was Sie hier als Neuigkeit verkünden. Ich bedanke mich in diesem Sinne für die Unterstützung dieser Position.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Habt ihr es umgesetzt?)

Bei der Verschuldung der Staaten ist es natürlich genau umgekehrt zu dem, was Sie gesagt haben. Wenn Sie keine Bankenregulierung mit europaweiter Sicherung der Einlagensysteme schaffen, dann wird es dazu kommen, dass wieder die Staaten – und letztendlich der Steuerzahler – Bankencrashes bezahlen müssen. Das führt zu unberechtigter Staatsverschuldung und zu Problemen in Europa. Wir müssen deswegen grundsätzlich für eine Bankenunion sein. Sie braucht allerdings den Schutz der drei Säulen, die wir immer nach vorne gerückt haben, sowie den Schutz des deutschen Einlagensystems. Insofern sind wir da nahe beieinander.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich glaube, wir brauchen keine dramatischen Wiederholungen dessen, was im Bund ohnehin läuft.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte, Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): Herr Kollege Halbleib, was war jetzt die Frage? Gab es irgendeine Frage?

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Dass sie es erkannt haben, aber im Bund nichts tun!)

Vielleicht noch ein Satz. Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil er nur auf die Institutsgarantie abstellt. Es gibt aber die kleinen privaten Banken. Im Landkreis Haßberge in Ostunterfranken gibt es die Flessabank und die Castell-Bank. Diese sind von dieser Bürokratie genauso betroffen. Sie trifft nicht nur die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken, sondern auch die kleinen Privatbanken; wir müssen auch diese von Bürokratie entlasten. Die kleinen Privatbanken sind in Ihrem Antrag nicht enthalten. Wir lehnen Ihren Antrag deshalb ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/2658 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU, AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/2677 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/2659 mit 19/2661 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss überwiesen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt: Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Rechtsanspruch auf



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/2660

Mehr Bock auf Demokratie - Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Gabriele Triebel**
Mitberichterstatter: **Björn Jungbauer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 12. Sitzung am 11. Juli 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Ute Eiling-Hüting

Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verordnung und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über eine Verordnung und die nicht einzeln
zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verordnung

1. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung gemäß Art. 2 Satz 1 der Landkreisordnung zum Entwurf
einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung der
Namen der Landkreise und der Sitze der Kreisverwaltungen
Drs. 19/2019, 19/2833 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREEIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	------------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaanpassung und besserer Tierschutz –
Änderung der Jagdzeiten auf Rehwild jetzt!
Drs. 19/1846, 19/3111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREEIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	------------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sachstand Windkraftplanung in den Planungsregionen
Drs. 19/1847, 19/3112 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

4. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)
Risiken des forcierten Windkraftausbaus auf den Grund gehen:
Umweltbelastungen durch den Betrieb von
Windenergieanlagen offenlegen
Drs. 19/1896, 19/2971 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualitätssicherung in der Lehrerbildung – Anrechnungsstunden
für Seminarlehrkräfte und Zentrale Fachleiterinnen und
Fachleiter ausbauen!
Drs. 19/1975, 19/3090 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Akzeptanz der erneuerbaren Energien stärken und Wertschöpfung vor Ort schaffen
Drs. 19/1979, 19/3113 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zu Bauen im Bestand
Drs. 19/1982, 19/3073 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Florian Köhler u.a. AfD
Berichtsantrag zu den Perspektiven des Anlagenbestands im Bereich Biogas und Biomethan nach Ablauf der EEG-Förderung
Drs. 19/2040, 19/3114 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bericht zur Umsetzung von digitalen Datenregistern, KI und Blockchain in der bayerischen Verwaltung
Drs. 19/2079, 19/3115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Stand und Zukunft der bayerischen Erdgasinfrastruktur und der leitungsgebundenen kommunalen Wärmeversorgung
Drs. 19/2080, 19/3116 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Perspektiven und Herausforderungen der bayerischen Lufttaxi- und Lieferdrohnenbranche
Drs. 19/2083, 19/3290 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Angriffe auf Personen des politischen Lebens schärfster bestrafen
Drs. 19/2092, 19/3120 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Übernahmefristen im Dublin-Verfahren streichen – Das Asylchaos innerhalb der EU beenden
Drs. 19/2093, 19/3121 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Geschäftsverteilungspläne der Gerichte im Internet veröffentlichen
Drs. 19/2096, 19/3122 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Getreidewirtschaft in Bayern und Deutschland schützen – Zollfreiheiten für ukrainische Agrarprodukte beenden
Drs. 19/2105, 19/2989 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Einführung eines Ombudschaftswesens in der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
Drs. 19/2111, 19/3271 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Für eine inklusive Lösung – Bericht zum Umsetzungsstand der SGB VIII-Reform in Bayern
Drs. 19/2112, 19/3273 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen I:
Gesamtstrategie Unterrichtsqualität
Drs. 19/2186, 19/3091 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen II:
Lehrkräftebildung weiterentwickeln
Drs. 19/2187, 19/3092 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen III:
Digitalisierung klug umsetzen
Drs. 19/2188, 19/3093 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen IV:
Entbürokratisierung an Schulen
Drs. 19/2189, 19/3094 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen V:
Integration stärken
Drs. 19/2190, 19/3095 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Norbert Dünkel, Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Wiedereinsetzung eines „Wissenschaftlichen Beirats Inklusion“
Drs. 19/2225, 19/3096 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Raus aus dem Tabu und mehr Selbstbestimmung:
Aufklärung über Fehlgeburten!
Drs. 19/2227, 19/3101 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Florian von Brunn u.a. SPD
Verpflichtender KZ-Gedenkstättenbesuch für alle
Schülerinnen und Schüler während der Schullaufbahn
Drs. 19/2229, 19/3097 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann u.a. SPD
Gestaffelter Mutterschutz bei Fehlgeburten
Drs. 19/2255, 19/3274 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Ergänzung des § 130 StGB und Strafbarkeit des Verunglimpfens
des deutschen Volkes
Drs. 19/2257, 19/3123 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umweltfreundliche Reitböden in Bayern sicherstellen
Drs. 19/2302, 19/2972 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Queeren Aktionsplan ernst nehmen – Koalition gegen Diskriminierung jetzt beitreten!
Drs. 19/2303, 19/3275 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD Sternenkinder – Rechte der Eltern stärken und Forschung ausweiten
Drs. 19/2310, 19/3102 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Stichschutzwesten auf Versammlungen zulassen
Drs. 19/2336, 19/3124 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Kostenlose Rundfunk-Hotline schaffen!
Drs. 19/2344, 19/3109 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Anpassung der Kostenregelung im Strafprozess
Drs. 19/2357, 19/3125 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Alexander Flierl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität beschleunigen
Drs. 19/2360, 19/3291 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zur Sicherung des Chemiestandorts Bayern
Drs. 19/2363, 19/3292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
Auswirkungen des Verbots des Tötens männlicher Küken
Drs. 19/2410, 19/3279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

37. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Keine weiteren Zuschüsse für Kirchentage aus Landes- und Bundesmitteln
Drs. 19/2413, 19/3254 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

38. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Kriminalstatistik transparenter gestalten –
Mehrfachstaatsangehörigkeiten erfassen!
Drs. 19/2414, 19/3262 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zeitgemäß: Einführung eines digitalen Jagdscheines jetzt umsetzen
Drs. 19/2435, 19/3117 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Balkonkraftwerke retten!
Einspruch zum Normenentwurf VDE V 0126-95:2024-06
Drs. 19/2436, 19/3118 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen nicht im Stich lassen –
Erfolgsmodell „Kooperativer Ganztag“ weiter fördern!
Drs. 19/2437, 19/3277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stromnetze voll auslasten – Netzinfrastruktur besser nutzen
Drs. 19/2453, 19/3293 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erweiterung des Pegelnetzes für den Hochwassernachrichtendienst
Drs. 19/2456, 19/2973 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

44. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Rechte und Gleichstellung von LGBTIQIA+-Personen in der EU vorantreiben
Drs. 19/2460, 19/2990 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

45. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD
Schnelle und transparente Umsetzung des Startchancen-Programms an Bayerns Schulen
Drs. 19/2461, 19/3098 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Würdigung, Anerkennung und Wertschätzung
für die Gastarbeitergeneration
Drs. 19/2463, 19/3285 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

47. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hüting, Prof. Dr. Winfried Bausback, Konrad Baur u.a. CSU
Beachtung der Sprachsensibilität in Berufsabschlussprüfungen
Drs. 19/2485, 19/3099 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

48. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. SPD
Bayerischer Veteranentag
Drs. 19/2486, 19/2991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krah u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Ergebnisse des Gutachtens zum Schutz der
Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen
Drs. 19/2537, 19/3103 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen nicht im Regen stehen lassen: Bayern gegen Naturgefahren endlich fit machen – gute Informationsgrundlagen für alle schaffen!
Drs. 19/2526, 19/3288 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahlf u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sepsisüberlebende bei der Nachsorge nicht allein lassen -
Sepsislotsinnen und Sepsisloten in Bayern etablieren
Drs. 19/2538, 19/3104 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stellschrauben für bezahlbares Bauen in der Bayerischen Bauordnung anziehen
Drs. 19/2563, 19/3072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

53. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Aufklärung und Prävention von Gewalt im Kreißsaal
Drs. 19/2564, 19/3105 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

54. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Biobanken in Bayern – Herausforderungen und Optimierungspotenziale
Drs. 19/2565, 19/3106 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

55. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU Digitalisierungsmaßnahmen zur Entbürokratisierung der Leichenschau
Drs. 19/2580, 19/3107 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Sabine Gross u.a. SPD
Bayern vor Afrikanischer Schweinepest schützen – jetzt Aufklärungs- und Präventionskampagne starten
Drs. 19/2581, 19/2974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

57. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Betriebe im Radon-Vorsorgegebiet Wunsiedel i. Fichtelgebirge unterstützen
Drs. 19/2582, 19/2975 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

58. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Intergenerationelle Projekte zum Schutz der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Bayern
Drs. 19/2586, 19/3278 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

59. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Selbstbestimmte Geburt – Sensibilisierung für die Problematik von Gewalterfahrungen unter der Geburt vorantreiben
Drs. 19/2614, 19/3108 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

60. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Modernisierungsmaßnahmen in der bayerischen Landwirtschaft
Drs. 19/2622, 19/3280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

61. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Hochwasserhilfen für landwirtschaftliche Betriebe erhöhen!
Drs. 19/2632, 19/3281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

62. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Grenzwertwahn beenden! – NOx-Emissenten neu bewerten!
Drs. 19/2648, 19/3287 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREEIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

63. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Stärkung der Notfallvorsorge in Gesundheitseinrichtungen
Drs. 19/2650, 19/3284 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

64. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Intelligentes Wassermanagement statt neuer Steuer –
Förderprogramm für Regenwassernutzungsanlagen auflegen!
Drs. 19/2653, 19/3270 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

65. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Bock auf Demokratie – Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!
Drs. 19/2660, 19/3253 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

66. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Hochwasser-Soforthilfe ausweiten: Betroffene brauchen Unterstützung
Drs. 19/2661, 19/3272 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREEIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

67. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann u.a. CSU Jägern den Zugang zu Wasserstoffperoxid mit einer Konzentration von über 12 Prozent wieder ermöglichen
Drs. 19/2662, 19/3294 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

68. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
„Made in Bavaria“: Zertifikat gegen die geplante Obsoleszenz einführen!
Drs. 19/2663, 19/2998 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

69. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fachkräftemangel durch Ausbildung bekämpfen:
Praktikumsprämie für Schülerinnen und Schüler
Drs. 19/2669, 19/3295 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

70. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Strafvollzug entlasten und Resozialisierung stärken –
Für kurz vor der Entlassung stehende Gefangene eine „Weihnachtsamnestie“ Ende 2024 ermöglichen
Drs. 19/2670, 19/3286 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

71. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verantwortung übernehmen – mehr bioregionales Essen in staatlichen Kantinen
Drs. 19/2672, 19/3282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

72. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufhebung des Erdkabelzwangs bei den neu geplanten HGÜ-Leitungen
Drs. 19/2673, 19/3296 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

73. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Starkregenvorsorge in Bayern
Drs. 19/2675, 19/2999 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

74. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stand der Hitzeaktionsplanung in Bayern
Drs. 19/2678, 19/3000 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

75. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
Sicherheit für bayerische Polizeibeamte erhöhen – Anschaffung von stichsicheren Schutzwesten flächendeckend durchsetzen!
Drs. 19/2719, 19/3261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

76. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schlachtstättensterben – rechtzeitig Lösungen entwickeln
Drs. 19/2726, 19/3283 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/2660, 19/3253

Mehr Bock auf Demokratie – Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Markus Walbrunn

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Abg. Nicole Bäumler

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Bock auf Demokratie - Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken! (Drs. 19/2660)

Bevor ich die Aussprache eröffne, kurz noch mal der Hinweis: Hier ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Als erster Rednerin erteile ich der Kollegin Triebel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Demokratie ist das Fundament unseres freiheitlichen und friedlichen Zusammenlebens. Das ist das abstrakte Ideal. Aber Demokratie ist, wie wir wissen, viel mehr. Demokratie ist lebendig und dynamisch und muss genau wie unsere Gesellschaft ständig neu gestaltet werden. Und wenn ich nach rechts außen schaue: Demokratie muss auch ständig neu verteidigt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Demokratie muss mit Leben gefüllt werden. Der Ort, an dem dies beginnt, sind unsere Schulen. Dass wir hier in Bayern bei der demokratischen Bildung an Schulen Nachholbedarf haben, sieht auch die Staatsregierung so. Doch mit der neu eingeführten Verfassungsviertelstunde lässt sie leider nur ein laues Lüftchen durch die Schulen wehen. Eine Viertelstunde in der Woche über die Verfassung zu sprechen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, reicht bei Weitem nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn wenn wir die Herausforderungen der populistischen und rechtsextremen Strömungen, Fake News und der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung wirklich ernst

nehmen wollen, dann braucht es kein laues Lüftchen, sondern einen konstant starken Wind, der in allen Ecken der Schule zu spüren ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Liebe Kollegin, eine kurze Unterbrechung.
– Ich bitte um etwas mehr Ruhe, und bitte führen Sie keine Einzelgespräche. Es ist etwas unruhig im Plenarsaal. – Bitte schön.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Unsere Kernforderung für mehr wirksame Demokratiebildung an den weiterführenden Schulen ist deshalb: Kein Jahr ohne politische Bildung. Daran führt kein Weg vorbei. Wir fordern keine lauen 15, sondern starke 90 Minuten in der Woche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch Schülerinnen und Schüler sollen nicht nur über Demokratie lernen, sondern sie müssen sie auch erleben. Was wir jüngst von Ministerpräsident Söder zum Thema "Demokratie achten" erleben durften, ist mehr als beschämend. Weil ihm die Forderung einer Petition nicht passt, wischt er die Petition einer Schülerin selbstherrlich einfach vom Tisch, ohne dass die Petition im Parlament überhaupt behandelt wurde. Nach so einem Verhalten kann sich Herr Ministerpräsident Söder die Verfassungsviertelstunde eigentlich ganz sparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Demokratie beginnt im Kleinen, in den Klassenzimmern und auf den Schulhöfen. Was hindert uns daran, Schülerinnen und Schüler viel stärker in die Entscheidungen ihrer Schule einzubeziehen? Das beste Lernen ist doch dann, wenn ich selbst erleben und ausprobieren kann. Umso unverständlicher ist es, dass das Kultusministerium die beiden Modellprojekte "Schulparlamente" und "Mehr Mitbestimmung in der Grundschule" einfach so auslaufen lässt. Bei deren Abschlussveranstaltungen im Sommer waren Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen, genauso begeistert

wie ich von diesen tollen Modellen, die die Schulen mit so viel Herzblut und mit voller Überzeugung repräsentierten. Jetzt soll damit aber wieder Schluss sein. Haben Sie den Mut, unserem Antrag zuzustimmen, damit es mit den Schulparlamenten an unseren bayerischen Schulen weitergehen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie muss gepflegt, erlebt und gestaltet werden. Das beginnt bei unseren jüngsten Bürgerinnen und Bürgern – in den Schulen. Demokratie muss mit Leben gefüllt werden, indem wir den Schülerinnen und Schülern Raum für Mitbestimmung geben, ihre Verantwortung stärken und ihnen zeigen, dass ihre Stimme zählt. Damit machen wir sie stark, stark vor allem gegenüber rechtsextremer Rattenfängerei, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zerstören will. Lassen Sie uns also den jungen Menschen starke Werkzeuge an die Hand geben, die sie zu starken Demokratinnen und Demokraten machen. Deshalb appelliere ich an Sie, frei nach Willy Brandt: Lassen Sie uns mehr Demokratie in unseren Schulen wagen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Jungbauer für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Björn Jungbauer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Mehr Bock auf Demokratie" – als ich den ersten Teil des Titels Ihres Antrags gelesen habe, habe ich mich gefreut, weil ich gedacht habe, es kommt eine Änderung des Bundeswahlgesetzes und die Abkehr von der Entwertung der Stimmkreismandate und der Abhängigkeit von Listenplatzierungen, die innerparteilich festgelegt werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das war mein erster Gedanke. Ich habe aber gelernt, bis zum Ende zu lesen. Ich kann aber auch nach dem erneuten Lesen heute nichts anderes sagen als bei der Behand-

lung im Ausschuss am 11. Juli: Ich bleibe bei der Ablehnung dieses Antrags, da weite Teile dieses Antrags schon jetzt umgesetzt sind. Ich komme zu den einzelnen Punkten:

Die Erfahrbarmachung der Demokratie an Schulen. Die Schülerinnen und Schüler in Bayern haben bereits heute ein umfassendes Mitbestimmungsrecht und Partizipationsrecht. Sie können sich artikulieren, sie können diskutieren und sie können sich vor allem aktiv einbringen im Status quo. Im BayEUG ist die SMV bereits verankert, und weiterhin wird geprüft, ob weitere Elemente wie beispielsweise ein Schülerparlament noch Einzug nehmen könnten. Ab der fünften Jahrgangsstufe gibt es einen zweistündigen Politik- und Gesellschaftsunterricht. Wir wissen, dass die Ergebnisse der Universität Bielefeld nur bedingt aussagekräftig sind und Bayern hier deutlich breiter aufgestellt ist, weil es eben mehr als nur ein Leitfach der politischen Bildung gibt. Bei der Ausgestaltung des LehrplanPLUS hat man besonderes Augenmerk auf die Stärkung der historisch-politischen Bildung gelegt, und es gibt Leitfächer der politischen Bildung an allen Schularten.

Vor allem gibt es unsere Verfassungsviertelstunde. Ich glaube, sie ist ein Erfolgsmodell, und sie ist ein zentrales und neues Element. Wir zeigen einmal wieder, dass Bayern eine besondere Stellung mit positivem Ausgang hat. Es ist ein Erfolgsmodell, vor allem weil es lebensnahe Beispiele bringt und gesellschaftliches Zusammenleben vor macht. Daher brauchen wir keine Ausweitung der Stundentafel. Das im Koalitionsvertrag festgehaltene Ziel, dass jeder Schülerin und jedem Schüler die Möglichkeit einzuräumen ist, an unseren KZ-Gedenkstätten die Geschichte zu erleben, ist wichtig. Das ist auch gut so. Ich kann mich selbst noch daran erinnern, als wir damals mit der Schule in Flossenbürg waren. Die eindrücklichen Erlebnisse bleiben. Ich würde unserem Abgeordneten Atzinger, der im Bildungsausschuss gefordert hat, die Erinnerungskultur abzuschaffen, raten, genau aus solchen Gründen einmal dorthin zu fahren. Es ist auch notwendig – und das ist bereits der Fall –, besonders gut ausgebildete Lehr-

kräfte zu haben, die die Rundgänge fachlich und pädagogisch begleiten. Es ist gut, dass die Fahrtkostenerstattungen verdoppelt werden sollen.

Studierende für politische Bildung zu begeistern, ist Aufgabe von uns allen. Sorgen wir dafür, dass die Politik wieder Spaß macht, auch für die Menschen draußen. Das Ergebnis der Shell-Studie von dieser Woche ist ganz gut, wonach 51 % der Jugendlichen wieder Lust auf Politik haben, anders als 2019, als es nur 36 % waren. Das zeigt, dass wir den Antrag nicht brauchen, sondern das Ganze einfach leben müssen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir legen bereits im Studium sehr viel Wert auf die Ausbildung der Lehrkräfte. In verschiedenen Phasen der Ausbildung gibt es unabhängig von der Fächerverbindung fest verankerte Unterrichtsinhalte wie im Seminar. Daher haben wir keine Nacharbeit oder Nachhilfe nötig, sondern wir sind in Bayern an der Spitze der politischen Bildung und der Demokratieerziehung. Bei allem Selbstbewusstsein glaube ich aber auch, dass wir immer wieder auch Hausaufgaben zu erledigen haben. Das merken wir selbst im Hohen Haus, leider heute auch wieder an vielen Stellen. Daher lassen Sie uns dies gemeinsam weiterentwickeln mit den bekannten Elementen. Daher schlage ich vor, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Triebel vor. Bitte schön.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Verehrter Kollege Jungbauer, ich war jetzt erstaunt über den Vergleich von SMV und Schulparlament. Sie kennen doch den Unterschied zwischen der SMV und den Schulparlamenten. Sie wissen doch, wie die SMV gewählt wird, wen sie repräsentiert und wer die Mitglieder sind. Sie sagen, dass die SMV ausreicht und wir keine Schulparlamente brauchen. Warum haben wir dann den Modellversuch Schulparlamente durchgeführt?

Björn Jungbauer (CSU): Ich kenne den Unterschied. Wie ich vorhin hoffentlich richtig ausgeführt habe, ist das eine bereits verankert, die SMV, und bei den Schulparlamenten wird auf Grundlage der Modellversuche überprüft, ob es sinnvoll ist, diese zu verankern. Das tun wir. Unsere Kultusministerin nickt. Daher gibt es keine Notwendigkeit, irgendetwas zu vermengen, zu tauschen oder gegeneinander auszuspielen. Wir tun beides. Das eine gibt es schon, und beim anderen schauen wir, ob eine bayernweite Einführung aufgrund der Ergebnisse der Modellversuche sinnvoll ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Walbrunn für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Markus Walbrunn (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Ich weiß nicht, worüber man mehr schmunzeln soll – darüber, dass ausgerechnet die GRÜNEN sich um die politische Bildung und die demokratische Gesinnung der Jugend Sorgen machen, oder über die Bundesländer, die man uns in dem vorliegenden Antrag als Vorbilder verkaufen möchte: Bremen, Berlin, Brandenburg, NRW. Auf der Basis der Bildungsrangings bin ich bisher immer davon ausgegangen, dass in den dortigen Kultusministerien eher die talent- und glücklose Nachkommenschaft des Königs Midas haust. Letzterer konnte bekanntlich alles in Gold verwandeln. – Ihre Vorbilder hingegen? Na ja, sagen wir es einmal so: Goldmedaillen sind für diese keine zu vergeben, eher Dauer-Abos auf Teilnahmeurkunden.

Daher könnte man es sich mit Ihrem Antrag "Mehr Bock auf Demokratie" einfach machen und es bei der Feststellung bewenden lassen, dass jeder, der es gut mit Bayerns Schülern meint, sie so weit wie irgend möglich von der Bildungspolitik Ihrer grünen Helden fernhält.

(Beifall bei der AfD)

Ganz so leicht will ich Sie dann doch nicht davonkommen lassen. Sie geben immerhin vor, die politische Bildung und das Interesse für Demokratie an den Schulen stärken zu wollen. Hierfür sollen Klassenräte und Schülerparlamente verbindlich vorgeschrieben, ab der 5. Jahrgangsstufe ein zweistündiger Politik- und Gesellschaftsunterricht verankert und der Besuch von mindestens einer KZ-Gedenkstätte pro Schullaufbahn obligatorisch eingeführt werden. Darüber hinaus sollen die Fächerkombinationen für das Unterrichtsfach Politik und Gesellschaft erweitert sowie die politische Bildung ein verbindliches Modul im Lehramtsstudium werden.

Um gleich vorweg einen Mythos auszuräumen: Ihnen von den GRÜNEN – das ist in Ihrer Rede, Frau Triebel, sehr deutlich geworden – geht es ganz gewiss nicht darum, sachliche politische Bildung zu vermitteln oder das Interesse für demokratische Partizipation und parlamentarische Prozesse zu wecken. Das wären tatsächlich hehre Ziele. Aber keine Sorge: Dessen sind Sie gänzlich unverdächtig.

Nein, worum es Ihnen geht, ist, die Kinder und Jugendlichen wieder auf Linie zu bringen, nachdem sie Ihnen in den letzten Jahren in Scharen von der Fahne gegangen und zu uns, zur AfD, übergelaufen sind.

(Beifall bei der AfD)

An diesem Punkt unterliegen Sie einem entscheidenden Denkfehler: Diesen Jugendlichen fehlt es nicht an politischer Bildung oder an Begeisterung für Demokratie. – Sie können sich das höhnische Lachen gleich sparen. – Die haben Bock auf Demokratie, die haben Bock auf Freiheit. Genau deshalb kommen sie ja zu uns und lassen Sie, die grünen Verbotsfetischisten und Sittenwächter, links liegen.

(Beifall bei der AfD)

Es ist Ihre zerstörerische Politik, die die Jugend mittlerweile so schnell davonlaufen lässt, dass man ihnen mit dem sozialdemokratischen Rollator und auf dem grünen Lastenrad einfach nicht mehr hinterherkommt.

(Heiterkeit bei der AfD)

Aber zurück zu den vorgeblichen Zielen des Antrags respektive den darin vorgeschlagenen Maßnahmen. Wie Kollege Jungbauer Ihnen bereits richtigerweise erklärt hat, ist das meiste ohnehin Realität an Bayerns Schulen. Politische Themen werden hierzulande in unterschiedlichen Schulfächern – Deutsch, Geschichte, Sozialkunde usw. – intensiv behandelt. Sie können da ganz beruhigt sein. Ich habe selbst in Englischbüchern schon astreine grüne Propaganda für die Energiewende gefunden. Selbst dort, wo es nicht in den offiziellen Lehrmaterialien steckt, bringt es doch die Ihnen traditionell zugeneigte Lehrerschaft schon mit eigenen Unterrichtsmitteln ein.

Ich verstehe ja die linke Verzweiflung aufgrund des unerwarteten Liebesentzugs. Aber nichts für ungut: Eine grün angestrichene Staatsbürgerkunde brauchen wir deshalb noch lange nicht.

(Beifall bei der AfD)

Glauben Sie mir: Es wird nicht helfen.

Was die Schülerparlamente anbelangt, so ist der Fall differenziert zu betrachten. Diese können je nach Implementation durchaus sinnvoll sein, um den Kindern und Jugendlichen eine Möglichkeit zu geben, die Schule mitzugestalten, und sie zu mehr Engagement für die Gemeinschaft zu motivieren. Hierzu gab es – es wurde erwähnt – in Bayern schon erfolgreiche Modelle. Wir sollten den Schulen für die Umsetzung möglichst breiten Handlungsspielraum geben.

Abschließend wiederhole ich: Bayern sollte sich gewiss kein Beispiel an den norddeutschen Landen nehmen. Von den dortigen – stets bemühten – Kultusministerien kann man sicherlich das eine oder andere lernen, vor allem, wie man etwas nicht machen sollte.

Wenn wir den Goldschatz, den die Potenziale unserer Kinder darstellen, heben wollen, dann kann ich nur dazu raten, den Blick gen Osten zu richten – allerdings noch etwas

weiter als in das phrygische Anatolien des Königs Midas, nämlich gleich in das Reich der aufgehenden Sonne. In diesem Sinne: Banzai!

Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Brunnhuber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Zuhörer, wir haben heute schon die Ehre gehabt. – Zu dem Antrag der GRÜNEN "Mehr Bock auf Demokratie – Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!" muss man ein paar Fakten nennen.

Das Erste: Demokratie lernen heißt Demokratie leben! Das geschieht bereits an den Schulen in unserem Freistaat, und zwar nicht nur in den Leitfächern der politischen Bildung – Politik und Gesellschaft, Geschichte, Geografie, Wirtschaft und Recht –, sondern im Rahmen vieler Maßnahmen mit dem Ziel, die Demokratiebildung und die politische Bildung zu stärken. Politische Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe aller Schularten in allen Fächern. In den Lehrplänen ist bewusst Raum für Projekte und damit für die Möglichkeit der vertieften Auseinandersetzung geschaffen worden. In sprachlichen, aber auch in naturwissenschaftlichen Fächern kann man tagespolitische Themen aufnehmen. Ich kann Ihnen versichern, dass dies in der Praxis bereits geschieht. Ich weiß, wovon ich rede; denn ich war lange genug Lehrer.

Viele Projekte sind im Schulleben schon etabliert. Die politische Bildung ist in unserer Schullandschaft fest verankert. Jetzt dürfen wir eines nicht machen: Wir dürfen nicht wieder alles schlechtreden! – Es besteht die Gefahr, dass mit Anträgen wie diesem wieder nur das Negative hervorgeholt wird. Wir müssen schon auch schauen, welche positiven, guten Dinge wir schon voll etabliert bzw. verankert haben.

Aus meiner eigenen Erfahrung als Lehrer kann ich Ihnen versichern, dass unsere Schülerinnen und Schüler heute schon Bock auf Demokratie haben. Wir brauchen nicht neue Maßnahmen. Wenn man sich in Schulklassen wirklich unterhält, dann sieht und spürt man, dass die Schüler und Schülerinnen interessiert daran sind. Sie wollen teilhaben; die Möglichkeit der Teilhabe müssen wir ihnen geben.

Zu dem Besuch der Gedenkstätten: Es ist selbstredend, dass wir gerade in der heutigen Zeit eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und den Juden in Deutschland haben. Auch insoweit unterstützt das Kultusministerium, angeführt von unserer Kultusministerin Anna Stolz, bereits die Schüler, zum Beispiel bei den Fahrtkosten und der inhaltlichen Vorbereitung solcher Besuche. Also: Wir machen hier schon sehr viel.

Wir haben bereits Formen der Mitbestimmung, die etabliert und im BayEUG verankert sind. Kollege Björn Jungbauer hat einige schon genannt. Klassensprecher gibt es flächendeckend. Ich nenne auch die Schülermitverantwortung, SMV, und das Schulforum.

Jetzt werden zahlreiche, sehr gute Modellprojekte durchgeführt. Ich erinnere an die Veranstaltung, die wir gemeinsam besucht haben, Kollegin Triebel, auf der ein hervorragendes Modellprojekt, initiiert von unserer Kultusministerin, vorgestellt wurde. Der Schulversuch "Schulparlamente und Schülerparlamente stärken" startete bereits im November 2022.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mit der SMV an Grundschulen und den Erkenntnissen aus den Modellversuchen müssen wir jetzt auch in die Fläche gehen. Ich bin mir sicher, dass diese Notwendigkeit vom Kultusministerium erkannt wurde und dass es zu einer Ausweitung kommt. Vielen Dank, dass du das bestätigt hast, liebe Gabi.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Was die aktuellen Maßnahmen zur Demokratieerziehung angeht, so nehme ich auf die Verfassungsviertelstunde Bezug: Wer hierfür 90 Minuten fordert, der hat ein romantisches Bild von Schule und die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Wir haben genug andere Baustellen. Ich denke, wir sind auch im Hinblick auf die Verfassungsviertelstunde einen sehr großen Schritt im Sinne der Demokratiebildung in Bayern gegangen.

Letztlich lautet die Erkenntnis: Wir haben die richtigen Strukturen, die richtigen Programme und vor allen Dingen die richtigen Menschen für die politische Bildung unserer jungen Generation. Lassen Sie jetzt die Lehrkräfte vor Ort einfach machen! Was sie bereits leisten, ist sehr beeindruckend. Oben auf der Tribüne sehen wir Lehrkräfte, die am Parlamentsseminar teilnehmen. Ich vertraue ihnen diese hohe Aufgabe an und bin dankbar, dass sie sie erfüllen. Vielen Dank.

Von unserer Seite keine Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Triebel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor. Bitte schön.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Lieber Kollege Brunnhuber, bist du wirklich der Meinung, dass in der Schullaufbahn von Realschülerinnen und Realschülern zwei Stunden Politik und Gesellschaft in der 10. Klasse ausreichen? Bist du wirklich dieser Meinung? Das kann ich mir gar nicht vorstellen.

Meine zweite Frage: Ja, wir haben uns tolle Modellversuche angeschaut. Ich nehme zur Kenntnis, dass das Ministerium prüft, ob es damit weitergehen kann. Wenn diese Modellversuche so toll sind – wieso stellt ihr diesen Schulen nicht gleich in Aussicht, dass es weitergeht? Wieso müssen sie das Ganze erst abwickeln, um es dann wieder aufzubauen? Das verstehe ich nicht. Sie sagen, dass es so toll ist. Wieso haben Sie

sich dann nicht vorher darum gekümmert, dass es mit diesen Modellversuchen nahtlos weitergeht, damit Sie dann mit den Modellversuchen auch in die Fläche kommen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Die Maßnahmen, die hier laufen, sind vielfältig; das ist genau der Punkt. Man darf nicht immer nur eine Maßnahme herauspicken und sagen: Die ist zu wenig. – Sondern man muss den ganzen Blumenstrauß betrachten, um das schöne Bild zu erkennen, im Blumenstrauß gedacht. Die Anstrengungen, die wir hier unternehmen, ziehen sich nicht nur quer durch die Fächer, sondern sie ziehen sich auch durch dieses Vorleben. Ich glaube, das habe ich ausführlich dargelegt. Ich würde nur davor warnen, immer nur einzelne Dinge herauszupicken und diese einzelnen Dinge zu kritisieren, ohne das Gesamtpaket zu betrachten. Meistens sind die Antworten auf komplexe Fragestellungen auch komplex.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Bäumler von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Nicole Bäumler (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Redner der Regierungsfraktionen haben schon sehr ausführlich dargelegt, warum politische Bildung und Demokratieerziehung so wichtig sind. Dem stimme ich vollumfänglich zu. Aus Ihrer Sicht ist dieser Antrag der GRÜNEN völlig unnötig, und hier stimme ich nicht zu. Aus Ihrer Sicht ist im bayerischen Bildungssystem eh schon quasi alles umgesetzt, was in diesem Antrag gefordert wird, oder – wie Kollege Jungbauer sagt – zumindest in weiten Teilen. Das sehe ich natürlich anders.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, entschuldigen Sie ganz kurz. – Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Ich weiß, man ist gekommen. Wir haben gleich

eine Abstimmung. Ich bitte um etwas Ruhe und darum, der Kollegin auch zuzuhören. Danke.

(Anna Rasehorn (SPD): Frau Bäumler hat Schlaues zu sagen!)

Nicole Bäumler (SPD): Dieser Blick auf die Schulen und vor allem auch auf die Demokratieerziehung und die politische Bildung macht mich als Lehrerin schon ein Stück weit fassungslos; denn der Blick wird durch eine rosarote Brille geworfen, die die Realität leider ziemlich verzerrt. Wir reden nichts schlecht, wie Kollege Brunnhuber gesagt hat; wir haben nur als SPD-Fraktion einfach diese rosarote Brille nicht auf, sondern wir sehen die Realität, und wir sehen Handlungsbedarf. Deshalb stimmen wir diesem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Wir stimmen diesem Antrag zu, weil wir absolut davon überzeugt sind, dass man Demokratie nur lernen und vor allem auch schätzen kann, wenn man Demokratie selbst erfahren, selbst erleben kann. Das gelingt am besten im eigenen Handeln. Demokratie muss gelebt werden in allen gesellschaftlichen Settings, und damit eben auch in der Schule. Wie soll das also beispielsweise besser gehen als mit einem Klassenrat oder einem Schulparlament, und dann eben auch richtig? – Deswegen braucht es die gesetzliche Verankerung im bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz.

Zweitens braucht es aber auch eine gute theoretische Grundkenntnis zum Thema Demokratie, damit wir sie nicht nur leben, sondern auch gut verstehen können. Deswegen ist auch die Ausweitung des Politik- und Gesellschaftsunterrichts eine sehr, sehr sinnvolle Sache.

Drittens. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vielleicht erinnern Sie sich noch: Die SPD hat bereits im Sommer einen Antrag zu verpflichtenden Besuchen von KZ-Gedenkstätten für die Schülerinnen und Schüler bis zu ihrem Schulabschluss einge-

bracht und damit verbunden natürlich auch die Ausstattung, damit diese Besuche gut stattfinden können.

(Unruhe)

Ich möchte an dieser Stelle schon noch anmerken,

(Glocke des Präsidenten)

dass das eine Forderung ist, die wir auch im Koalitionsvertrag der CSU und der FREI-EN WÄHLER lesen können. Aber natürlich wurde der Antrag abgelehnt. Ich muss schon sagen: Man unterschreibt einen Koalitionsvertrag, ist dann aber sozusagen nicht bereit, die aufgeführten Forderungen auch umzusetzen. Da frage ich mich schon, ob das wirklich seriöses politisches Handeln ist, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich auch, welchen Stellenwert die Regierungsfraktionen diesem wichtigen Thema beimessen. Ich kann für mich und für die SPD-Fraktion sagen: Wir sehen die große Bedeutung der KZ-Gedenkstätten-Besuche. Wir sehen aber auch die Bedeutung der politischen Bildung und der Demokratieerziehung insgesamt. Da kann ich auch Kollegin Triebel nur beipflichten: Ein Verfassungsviertelstündchen reicht da bei Weitem nicht aus. Es muss mehr sein. Deshalb stimmen wir diesem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Die Abstimmung wird in namentlicher Form digital durchgeführt. Sie kennen das Verfahren. Für die Abstimmung stehen drei Minuten Zeit zur Verfügung. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 19:55 bis 19:58 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, darf ich um Ruhe bitten? Die drei Minuten sind um, die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird ermittelt und nachher bekannt gegeben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(...)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Mehr Bock auf Demokratie – Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!", Drucksache 19/2660: Mit Ja haben 32 gestimmt, mit Nein haben 110 gestimmt; keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.10.2024 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Mehr Bock auf Demokratie - Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken! (Drucksache 19/2660)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin				Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter				Dr. Eiling-Hüting Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar		X		Fackler Wolfgang			X
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina			
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg				Flierl Alexander			
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric				Gießübel Martina			X
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian				Goller Mia		X	
Birzele Andreas				Gotthardt Tobias			
Blume Markus				Graupner Richard			X
Böhm Martin		X		Grießhammer Holger	X		
Böltl Maximilian				Grob Alfred			X
Bozoglu Cemal		X		Groß Johann			
Brannekämper Robert		X		Gross Sabine			
von Brunn Florian	X			Grossmann Patrick			
Dr. Brunnhuber Martin		X		Guttenberger Petra			X
Dr. Büchler Markus	X			Prof. Dr. Hahn Ingo			
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel			X
Demirel Gülsen	X			Hanna-Krahl Andreas		X	
Dierkes Rene		X		Hartmann Ludwig			X
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang			X
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard			X
Dietz Leo		X		Heisl Josef			X
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian			X
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			X
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian		X	
				Högl Petra			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X		Pargent Tim		X	
Hold Alexander		X		Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Holetschek Klaus				Pirner Thomas		X	
Holz Thomas		X		Pohl Bernhard			
Dr. Hopp Gerhard				Post Julia			
Huber Martin				Preidl Julian			
Huber Martin Andreas				Rasehorn Anna		X	
Huber Thomas		X		Rauscher Doris			
Huml Melanie		X		Reiß Tobias		X	
Jäckel Andreas		X		Rinderspacher Markus		X	
Jakob Marina				Rittel Anton		X	
Jungbauer Björn		X		Roon Elena		X	
Jurca Andreas		X		Saller Markus		X	
Kaniber Michaela				Schack Jenny		X	
Kaufmann Andreas		X		Schalk Andreas		X	
Kirchner Sandro		X		Scharf Martin		X	
Knoblach Paul				Scharf Ulrike			
Knoll Manuel		X		Scheuenstuhl Harry		X	
Köhler Claudia	X			Schießl Werner			
Köhler Florian		X		Schmid Franz		X	
Kohler Jochen		X		Schmid Josef		X	
Koller Michael		X		Schmidt Gabi			
Konrad Joachim				Schnotz Helmut		X	
Kraus Nikolaus		X		Schnürer Sascha		X	
Kühn Harald		X		Schöffel Martin		X	
Kurz Sanne				Schorer-Dremel Tanja			
Lausch Josef		X		Schreyer Kerstin			
Lettenbauer Eva				Schuberl Toni		X	
Lindinger Christian		X		Schuhknecht Stephanie			
Lipp Oskar		X		Schulze Katharina			
Locke Felix		X		Schwab Thorsten		X	
Löw Stefan				Dr. Schwartz Harald		X	
Dr. Loibl Petra		X		Seidenath Bernhard		X	
Ludwig Rainer		X		Siekmann Florian			
Magerl Roland		X		Singer Ulrich			
Maier Christoph		X		Dr. Söder Markus			
Mang Ferdinand		X		Sowa Ursula		X	
Mannes Gerd		X		Stadler Ralf			
Dr. Mehring Fabian				Stieglitz Werner		X	
Meier Johannes		X		Stock Martin		X	
Meußgeier Harald		X		Stolz Anna		X	
Meyer Stefan		X		Storm Ramona		X	
Miskowitsch Benjamin		X		Straub Karl		X	
Mistol Jürgen	X			Streibl Florian		X	
Mittag Martin		X		Striedl Markus		X	
Müller Johann		X		Dr. Strohmayr Simone			
Müller Ruth		X		Stümpfig Martin		X	
Müller Ulrike				Tasdelen Arif		X	
Nolte Benjamin				Tomaschko Peter			
Nussel Walter		X		Toso Roswitha		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X		Trautner Carolina		X	
Osgyan Verena	X			Triebel Gabriele		X	
				Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter			
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth			
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix	X		
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	32	110	0